

# WOHNEN. IN WÜRDE.

EINE MILLIARDE MENSCHEN WELTWEIT  
LEBEN IN SLUMS

MIT MENSCHENRECHTEN GEGEN ARMUT

**AMNESTY**  
INTERNATIONAL



© Amnesty International,  
Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.  
August 2009  
V.i.S.d.P. Markus N. Beeko  
Redaktion: Verena Harpe, Annette Hartmetz,  
Katharina Spieß, Birgit Stegmayer  
Gestaltung: Jan Schmitt, Berlin  
Druck: farbo Köln  
Art.Nr. 21009

Titelfoto:  
Junge auf einem Wasserrohr in Dharavi/Mumbai, Indien,  
November 2008 © Mark Henley/Panos Picture

# SLUMS – MENSCHENRECHTE GELTEN AUCH HIER



Makoko/Lagos, Nigeria: ein auf Stelzen gebauter Slum, Januar 2006 © Amnesty International

Als Slums bezeichnet man die verfallenen und langsam verfallenden Teile einer Stadt, die meist von sehr armen Menschen oder städtischen Zuwanderern bewohnt werden. Es gibt sie überall auf der Welt, sie haben viele Namen: Bustees, Favelas, Bidonvilles, Barrios Populares, Shanty Towns, Ghettos, informelle Siedlungen oder einfach Elendsviertel. Heute leben nach Schätzungen mehr als eine Milliarde Menschen in rund 200.000 Slums weltweit.

Auf der einen Seite ist ein Leben im Slum vom Wohnen in zu kleinen, baufälligen Hütten und Häusern ohne Strom und Wasser, ohne Kanalisation, von Armut, Gewalt und Gefahr geprägt. Andererseits sind Slums das Zuhause von Frauen und Männern, die ihrer Arbeit und ihren Geschäften nachgehen, von Kindern, die spielen und lernen. Bei aller Vielfalt haben Slums weltweit eines gemeinsam: sie werden nicht als offizielle Teile

einer Stadt betrachtet. In vielen Fällen fühlen sich die Behörden für diese Bezirke und ihre Bewohner nicht zuständig.

Die Anzahl der Menschen, die in Slums leben, wächst rasant – Schätzungen zufolge werden es im Jahr 2030 bereits zwei Milliarden sein. Dafür gibt es viele Gründe. Die Menschen fliehen vor der Armut auf dem Land in die Städte, um dort ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Wirtschaftliche Großprojekte in ländlichen Gegenden gehen vielfach mit Enteignungen und Massenzwangsräumungen einher und zwingen die Bevölkerung, ihr Land zu verlassen. Aber auch bewaffnete Konflikte, Naturkatastrophen und der Klimawandel zählen zu den Gründen für das stete Anwachsen von Slums.

Da für die meisten Neuankömmlinge Wohnungen in den Städten unbezahlbar sind, ziehen sie in die Slums.

## ORTE VIELFÄLTIGER MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Die auf engstem Raum lebenden Bewohner der Slums leiden unter vielen verschiedenen Menschenrechtsverletzungen. Sie rauben den Slumbewohnern ihre Würde, zerstören ihre Hoffnungen und Träume und halten sie in Armut gefangen. **Betrachtet man Armut als die schwerste Menschenrechtskrise weltweit, dann sind Slums ihr sichtbarster Ausdruck.**

Slumbewohner haben in der Regel keinen Zugang zu sauberem Wasser und zur Abwasserentsorgung. In vielen Fällen sind sie von der staatlichen Gesundheitsversorgung ausgeschlossen, und den Kindern wird der Schulbesuch verweigert. Menschen in Slums sind besonders häufig Opfer von Gewalt, nicht nur durch kriminelle Banden, sondern auch durch die Polizei. Oft werden sie diskriminiert, wie Kriminelle behandelt und können ihre Rechte nicht geltend machen. Auch haben sie in der

Regel kein Mitspracherecht bei Entscheidungsprozessen, die sich auf ihr Leben auswirken. Ihre Meinung wird nicht gehört, wenn es um die Sanierung ihrer Häuser geht oder um alternative Unterkünfte im Falle einer Räumung.

All dies gilt nicht nur für Entwicklungsländer. Auch in US-amerikanischen Armenvierteln sowie in Gebieten Kanadas und Australiens, in denen indigene Gruppen leben, und in europäischen Städten, sind immer mehr Bewohner von Entrechtung, Unsicherheit, Ausgrenzung und mangelnder Beteiligung betroffen. So wird etwa Roma in Italien der Zugang zum staatlichen Gesundheitswesen und anderen sozialen Einrichtungen verweigert, weil ihre Unterkünfte vom Staat als illegal betrachtet werden. Sie erleben vielfältige Diskriminierung und Vorurteile. Roma-Siedlungen werden zerstört und ihre Bewohner vertrieben. In Roma-Siedlungen in der Slowakei gibt es keine öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Gesundheitszentren oder Büchereien. Die nächste Stadt können sie nur schwer erreichen, weil es keine Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz gibt.



Eine Frau schaut aus dem Fenster und blickt auf Kibera / Kenia, März 2009 © Amnesty International

Frauen und Mädchen in Slums sind besonders gefährdet. So führt der Mangel an sanitären Einrichtungen dazu, dass Frauen häufig sehr weit zu Fuß gehen oder bis zum Einbruch der Dunkelheit warten müssen, wenn sie beim Toilettengang ein Minimum an Privatsphäre haben wollen. Dies erhöht die Gefahr von sexueller Belästigung und Übergriffen. In Brasilien berichteten Frauen aus den Favelas Amnesty International, dass sie nicht ernst genommen oder gar beleidigt werden, wenn sie zur Polizei gehen, um häusliche oder andere Formen der Gewalt anzuzeigen.

## DROHENDE ZWANGSRÄUMUNGEN

Viele Slumbewohner müssen täglich damit rechnen, vertrieben zu werden. **Die Vertreibungen aus den Häusern gehen häufig mit exzessiver Gewaltanwendung durch Polizei oder Sicherheitspersonal einher. Auch Vergewaltigungen, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, Folter sowie ungesetzliche Tötungen wurden im Zusammenhang mit Zwangsräumungen dokumentiert.** Für die Slumbewohner sind die Folgen der Räumung katastrophal. Sie werden häufig obdachlos, verlieren ihr Hab und Gut, ihr soziales Umfeld und den Zugang zu Arbeitsplätzen und Schulen.

Immer mehr Regierungen weltweit ordnen massenhafte rechtswidrige Zwangsräumungen an. So werden zum Beispiel in Angola und Kambodscha Slums abgerissen, um Platz für Stadtentwicklungsprojekte zu schaffen. Manchmal sind auch **„Verschönerungsmaßnahmen“** oder internationale Großereignisse wie die Olympischen Spiele in Peking der Grund.

Diese Zwangsräumungen treffen praktisch immer arme Bevölkerungsgruppen. Dies stellt auch das Habitat-Programm der Vereinten Nationen fest: „Wohlhabende Bevölkerungsgruppen müssen so gut wie nie mit einer Zwangsräumung rechnen, und schon gar nicht im großen Stil.“

## KEIN ZUGANG ZU STAATLICHEN LEISTUNGEN

Da Slums als illegale Siedlungen gelten, werden sie in der Regel von den staatlichen Behörden völlig vernachlässigt. Dies fängt bei den Mieten an. Viele Slumbewohner zahlen für ihre Unterkünfte Miete an private Vermieter oder Bauunternehmen. Die Mietpreise sind oft jedoch unverhältnismäßig hoch. Da die Viertel von den Behörden aber als „irregulär“ angesehen werden, finden Gesetze zur Begrenzung des Mietpreises keine Anwendung. Zudem erhalten Slumbewohner keine staatlichen Zuschüsse zu den Mietkosten.



Eine Familie nach ihrer Zwangsräumung in Chambok Thom /Kambodscha, Februar 2008 © Amnesty International

Zwischen 30 und 50 Prozent der städtischen Bevölkerung in Entwicklungsländern haben keine Unterlagen, die ihren Wohnbesitz oder ihre Mietverhältnisse dokumentieren. Ohne diese Papiere können sie häufig keine Kredite aufnehmen und kein geregeltes Arbeitsverhältnis eingehen. Wegen fehlender Dokumente wird Slumbewohnern auch der Zugang zu Sozialleistungen verwehrt oder erschwert. Nicht zuletzt wird Menschen, die ohne offizielle Papiere in Slums wohnen, oft das Wahlrecht verweigert.

### Was ist eine rechtswidrige Zwangsräumung?

Internationale Normen beschreiben eine rechtswidrige Zwangsräumung als eine gegen den Willen der Betroffenen stattfindende Vertreibung aus ihren Wohnungen oder von ihrem Land, ohne dass ein geeigneter rechtlicher oder anderer Schutz vorhanden ist.

**Das bedeutet: Kein Mensch darf ohne weiteres aus seinem Haus, seiner Wohnung oder von seinem Land vertrieben werden.** Eine Zwangsräumung ist nur unter strengen rechtlichen Auflagen zulässig, und niemand darf dadurch der Obdachlosigkeit preisgegeben werden. Als Ersatz muss ein angemessener Wohnraum gestellt werden, in dem menschenwürdiges Wohnen und Leben möglich ist.

Trotzdem werden immer mehr Menschen aus ihren Häusern und von ihrem Land vertrieben, oft mit brutaler Gewalt. Die Betroffenen werden vorher vielfach nicht darüber informiert und von der unangekündigten Zerstörung ihres Wohnraums überrascht. Somit haben sie im Vorfeld keine Möglichkeit, sich mit rechtlichen Mitteln dagegen zu wehren. Der Schutz vor einer rechtswidrigen Zwangsräumung gilt auch für Slumbewohner, obwohl sie oft keine Mietverträge oder formellen Rechte an dem Land haben, auf dem sie wohnen. Auch ihre Wohnungen und Hütten sind Unterkünfte, die geschützt werden müssen und die der Staat nicht einfach zerstören darf.

Eine rechtswidrige Zwangsräumung ist eine schwere Menschenrechtsverletzung, oft werden dabei auch andere Menschenrechte verletzt wie das Recht auf Eigentum oder das Recht auf körperliche Unversehrtheit.



Schulkinder im Slum Kibera /Kenia, Januar 2003 © Amnesty International

**Internationale Menschenrechtsverträge verpflichten die Staaten, die Rechte der Menschen in Armut besonders im Blick zu haben. Sie müssen ihre Mittel so einsetzen, dass gerade Menschen, die in Armut leben, ihre Rechte in Anspruch nehmen können.** So sollen Staaten den kostenlosen Besuch einer Grundschule, eine medizinische Grundversorgung und Zugang zu sauberem Wasser und eine Abwasserentsorgung gewährleisten sowie ausreichend Nahrungsmittel zur Verfügung stellen, um Hunger zu vermeiden – und zwar ohne jegliche Diskriminierung.

Slums grenzen häufig an Wohngebieten, die gut mit Krankenhäusern, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen ausgestattet sind, dennoch haben Slumbewohner zu diesen Einrichtungen häufig keinen Zugang. **Kindern haben deswegen kaum eine Chance auf Bildung. Eine weitere Folge: Die Zahl der unterernährten Kinder und die Kindersterblichkeit sind in Slums oft ebenso hoch wie in ländlichen Gebieten, in denen Gesundheitseinrichtungen tatsächlich fehlen.** In den Slums von Kenia, Mali, Ruanda und Uganda werden nur 10 bis 20 Prozent der Frauen bei einer Geburt von medizinischem Personal betreut. In den übrigen Stadtvierteln sind es hingegen 68 bis 86 Prozent aller Frauen. Dementsprechend höher ist die Gefahr für Mütter und Kinder, bei der Geburt zu sterben.

Auch die Wasserversorgung in Slums wird von staatlichen Stellen häufig vernachlässigt. Die Nichtregierungsorganisation „Zentrum für das Recht auf Wohnen und gegen Räumungen“ (Centre on Housing Rights and Evictions - COHRE) stellte in Kenia fest, dass **55 Prozent der Bevölkerung Nairobis in Slums leben,** dass die Bewohner dieser Viertel jedoch bei der Stadtplanung übergangen werden. So führen zum Beispiel mehrere Wasserleitungen durch Kibera, den größten Slum der kenianischen Hauptstadt. Die Bewohner Kiberas profitieren davon aber nicht, sondern müssen ihr Wasser zum Siebenfachen des normalen Preises von privaten Unternehmern kaufen.

Der Staat vernachlässigt auch die sanitäre Grundversorgung der Slumbewohner. Viele Menschen sind deswegen gezwungen, gefährliche und gesundheitsgefährdende Alternativen wie „Hängelatrinen“ (Verschlüsse aus Holz oder Stoff, die sich oft über Wasserstellen oder Schlammgruben befinden) oder „fliegende Toiletten“ (kleine Plastiktüten, in denen sie die Fäkalien entsorgen) zu benutzen.

Der weltweite Trend zur Privatisierung staatlicher Leistungen birgt zudem die Gefahr, dass Regierungen entgegen ihrer menschenrechtlichen Verpflichtungen einen Großteil ihrer Verantwortung für Bildung, Gesundheit und die Trinkwasserversorgung abgeben. Dies kann dazu führen, dass private Unternehmen kein Interesse daran haben, Menschen mit niedrigem Einkommen gleichermaßen zu versorgen.

Nach der Privatisierung der Wasserversorgung im bolivianischen Cochamba 1999 verteuerte sich das Wasser um bis zu 200 Prozent. Außerdem wurden öffentlich zugängliche Wasserbrunnen gesperrt. Nach großen Protesten der Bevölkerung wurde hier die Privatisierung wieder rückgängig gemacht.



Von den Bewohnern geführte Krankenstation in Mathare /Nairobi, Februar 2009 © Amnesty International



Blick auf das Dorf Lainsaba in Kibera / Kenia, Februar 2009 © Amnesty International



Frau mit Kind in Rocinha / Rio de Janeiro, einer der größten Favelas in Brasilien, im Vordergrund ein Polizist, Oktober 2005 © privat

*„Wir wollen nicht noch mehr Freunde, Angehörige und Kinder durch Waffengewalt verlieren. Der tödliche Kreislauf muss endlich beendet werden.“*

Hércules Mendes, Vorsitzender des Vereins der Bewohner von Caracol, Complexo da Penha (einer Gruppe von Favelas in Rio de Janeiro, die unter Polizei- und Bandengewalt leiden), März 2007

## DAS RECHT DES STÄRKEREN

Menschen in Slums leben gefährlich. Der Staat fühlt sich in der Regel nicht zuständig, die öffentliche Sicherheit in Slums zu gewährleisten. Slumbewohner werden somit eher Opfer von Gewalt durch Banden und Polizisten als Bewohner anderer Stadtteile. Offizielle Statistiken aus dem brasilianischen São Paulo belegen, dass dort in Favelas dreimal so viele Menschen getötet werden wie in wohlhabenden Gegenden.

Selbst wenn die Polizei präsent ist, schützt sie die Slumbewohner häufig nicht, sondern bedroht sie. Amnesty International hat in Slums in Brasilien, Jamaika und Kenia bei Polizeieinsätzen exzessive Gewaltanwendung, ungesetzliche Tötungen und in manchen Fällen staatliche Morde dokumentiert. Slumbewohner in Brasilien und in Jamaika berichteten, sie seien von Polizisten respektlos und voller Verachtung behandelt worden. So fanden in Brasilien bei groß angelegten Polizeieinsätzen in den Favelas auf Grundlage kollektiver Durchsuchungsbefehle, die für ein ganzes Viertel gelten, wiederholt willkürliche Hausdurchsuchungen statt. Frauen wurden außerdem Opfer verbaler, körperlicher und sexueller Übergriffe seitens der Polizei.

Die Abwesenheit des Staates wird zum Teil von kriminellen Banden ausgenutzt. In den Armenvierteln von Brasilien und Jamaika kontrollieren Banden und Drogenringe praktisch jeden Bereich des Lebens. Slumbewohner dürfen ihre Häuser während der von den Gangs verhängten Sperrstunden nicht verlassen. Halten sie sich nicht an die von den Banden aufgestellten Regeln, werden sie hart bestraft. Gefürchtet sind außerdem die Drohungen und brutale Gewalt, mit der sogenannte „Slumlords“ oder ihre Handlanger Mieten eintreiben.

Amnesty International hat immer wieder dokumentiert, dass Slumbewohner Schwierigkeiten haben, Anzeigen

**„Wenn du eine Waffe hast, bist du nicht sicher, denn kriminelle Männer greifen die Männer an, von denen sie wissen, dass sie eine Waffe besitzen. Wenn du keine Waffe hast, bist du auch nicht sicher, denn jeder kann kommen und dich töten, auch die Polizei. Und selbst, wenn du nichts getan hast, bist du nicht sicher. Denn wenn jemand aus deiner Umgebung sich mit den Banden angelegt hat und sie ihn nicht finden, dann kommen sie zu dir.“**

Slumbewohnerin aus Kingston / Jamaika, Oktober 2007

wegen des Verhaltens von Sicherheitskräften und Behördenvertretern zu erstatten: Vielfach wurden weder die Anzeigen aufgenommen, noch strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet. Dadurch wird Slumbewohnern der Zugang zu Rechtsmitteln verwehrt, obwohl der Staat auf der Grundlage internationaler Menschenrechtsabkommen dazu verpflichtet ist.

## WAS KÖNNEN WIR TUN?

Seit Jahrzehnten arbeiten viele lokale Initiativen der Slumbewohner sowie nationale und internationale Organisationen daran, die Regierungen in die Pflicht zu nehmen, um die Lebensbedingungen in Slums zu verbessern. In der Kampagne „Mit Menschenrechten gegen Armut“ rückt Amnesty International Menschenrechtsverletzungen an Slumbewohnern in den Mittelpunkt und unterstützt damit das Engagement der Organisationen und Selbsthilfeinitiativen vor Ort. Wer Armut beenden will, muss mit dem Schutz der Menschenrechte beginnen.

### Die 31-jährige Maria Sebastião António ist Mutter von drei Kindern.

Sie lebt in Banga Wé in der Nähe der angolanischen Hauptstadt Luanda. Ihre Familie und über 500 weitere Bewohner des Viertels sollten bereits mehrfach vertrieben werden, da auf dem Gelände die teure Wohnsiedlung Nova Vida entstehen soll. Dies ist ihre Geschichte:

„Ich lebe schon immer in Banga Wé. Ich wurde hier geboren. Zwischen 2004 und 2006 wurden hier viele Unterkünfte abgerissen. Dies geschah ohne Vorwarnung. Wir wurden jedes Mal völlig überrascht. Wir gingen morgens zur Arbeit und wussten nicht, ob wir unser Zuhause abends noch vorfinden würden. Mein Haus war aus Betonsteinen und wurde im November 2005 zerstört. Damals war ich mit meinem jüngsten Kind schwanger. Sie zerstörten das Haus, ließen aber die Zinkbleche des Daches unbeschädigt. Also bauten wir daraus ein neues Haus.

Doch sechs Tage später kamen sie zurück und zerstörten auch die Blechhütten. Da ich mich dem Abriss widersetzte, brachte man mich auf die Polizeiwache und bedrohte mich. Ein Polizist sagte zu mir: „Wir prügeln nicht auf der Straße, sondern auf der Wache.“ Zum Glück hielt ihn ein anderer Polizist davon ab, mich zu schlagen.

Vor den Wahlen 2008 berief der Leiter des Nova Vida-Projekts eine Versammlung ein. Er sagte uns, wir würden in neue Häuser in ein anderes Viertel gebracht, doch nichts geschah. Wir haben bis heute kein Wasser. Unsere Kinder dürfen nicht zur Schule gehen. Es ist uns nicht erlaubt, sie an der Nova Vida-Schule anzumelden. Und die anderen Schulen sind zu weit entfernt. Am schlimmsten ist, dass keine Lösung des Problems in Sicht ist.“



Am 24. Januar 2009 setzten rund 250 kambodschanische Sicherheitskräfte und Arbeiter einer Abrissfirma Tränengas ein, um Hunderte von Familien aus dem Viertel Dey Krahom im Zentrum der Hauptstadt Phnom Penh zu vertreiben. Um 6 Uhr morgens rückten Bagger an und rissen die Siedlung ab. Menschenrechtsverteidiger berichteten, dass 152 Familien, die schon viele Jahre auf dem Gelände lebten, und 250 vorübergehende Bewohner ihr Zuhause verloren. Manche von ihnen hatten noch nicht einmal Zeit, ihre persönliche Habe aus den Häusern zu holen.

Die Behörden Phnom Penhs stellten zunächst für weniger als 30 Familien Ersatzunterkünfte zur Verfügung. Diese befanden sich im Umsiedlungsgebiet Cham Chao im Bezirk Dangkor, rund 16 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Bei ihrer Ankunft mussten die Familien feststellen, dass es dort kein Trinkwasser, keine Elektrizität und kein Abwassersystem gab. Die meisten Unterkünfte befanden sich noch im Bau und hatten keine Dächer. Die Firma, die auf dem Gelände Dey Krahom bauen will, zog ihre zunächst gemachten Entschädigungsangebote später zurück.

Frau nach der Zwangsumsiedlung in  
Andong / Kamboscha, Juni 2006  
© Peter Harris – Fotojournalism.net

# AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT:

## RECHTSWIDRIGE ZWANGSRÄUMUNGEN BEENDEN

Staaten müssen alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um rechtswidrige Zwangsräumungen zu verhindern und zu verbieten. Dazu zählt auch die Verabschiedung von entsprechenden Gesetzen in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsstandards.

## GLEICHE RECHTE FÜR SLUMBEWOHNER

Staaten müssen gegen die direkte und indirekte Diskriminierung von Slumbewohnern vorgehen. Die Regierungen müssen sicherstellen, dass Slumbewohner in gleicher Weise Zugang zu Wasser, sanitärer Grundversorgung, zu Gesundheitsdiensten, Wohnraum, Bildung und zu einer rechtsstaatlich arbeitenden Polizei haben wie andere Bürger.

## AKTIVE BETEILIGUNG VON SLUMBEWOHNERN

### AN ALLEN PLÄNEN UND PROJEKTEN ZUR VERBESSERUNG DER LEBENSVERHÄLTNISSE IN SLUMS

Staaten müssen die Unterdrückung von Slumbewohnern und anderen, die sich für deren Rechte engagieren, beenden. Stattdessen müssen sie wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Bewohner an der Planung von Projekten zu beteiligen, die direkte oder indirekte Auswirkungen auf ihr Leben haben. Alle Stadtentwicklungs- und Wohnungsbauprojekte, die der Verbesserung der Lebensverhältnisse in Slums dienen sollen, müssen im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards stehen, insbesondere mit dem Recht auf angemessene Unterkunft.

# MIT MENSCHENRECHTEN GEGEN ARMUT

**Menschen in Armut sind besonders oft von Menschenrechtsverletzungen betroffen. Wer nicht lesen und schreiben kann, kennt seine Rechte nicht gut genug und ist staatlicher Willkür ausgesetzt. Wer ständig schikaniert wird, fühlt sich ohnmächtig. Wer nie gefragt wird, verliert seine Stimme. Gerade Menschen in Armut sind darauf angewiesen, dass der Staat ihre Rechte respektiert. Menschenwürdige Lebensbedingungen, medizinische Versorgung, Zugang zu Bildung – Rechte, die viele Staaten ihren Bürgerinnen und Bürgern verweigern.**

Wo Regierungen sich der Verantwortung entziehen, herrscht ein Kreislauf aus Armut und Menschenrechtsverletzungen, der schwer zu durchbrechen ist: Armut ist in vielen Fällen eine Folge von Menschenrechtsverletzungen und wird durch Menschenrechtsverletzungen verfestigt.

In der Kampagne „Mit Menschenrechten gegen Armut“ dokumentiert Amnesty International schwere Menschenrechtsverletzungen an Menschen in Armut. Dazu gehören menschenunwürdige Wohnbedingungen und rechtswidrige Zwangsräumungen, Müttersterblichkeit nach vermeidbaren

Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt, aber auch die gesundheitsgefährdende Verseuchung der Umwelt durch Unternehmen.

Amnesty International wendet sich an die verantwortlichen Regierungen und Unternehmen, protestiert gegen das Unrecht, fordert konkrete Verbesserungen und gibt Menschen in Armut eine Stimme: Mit Menschenrechten gegen Armut. Und mit Ihrem Einsatz.

[www.amnesty.de/armut](http://www.amnesty.de/armut)

## WOHNEN. IN WÜRDE.

Rechtswidrige Zwangsräumungen sind ein schwerer Verstoß gegen die Menschenrechte: Menschen verlieren binnen Stunden ihr Zuhause, Hütten und Häuser werden dem Erdboden gleichgemacht – ohne Begründung, ohne Alternativen, ohne Rechtsgrundlage. Die spärliche Lebensgrundlage von Menschen in Armut wird mit einem Handstreich vernichtet.

Sie wollen nicht tatenlos zusehen? Dann beteiligen Sie sich an unserem Aktionsnetz STOPPT ZWANGSRÄUMUNGEN. Sie erhalten aktuelle Eilaktionen und weitere Aktionsaufrufe und können sich konkret und schnell für Menschen, die von einer Zwangsräumung bedroht sind, einsetzen.

[www.amnesty.de/wohnen](http://www.amnesty.de/wohnen)

**AMNESTY INTERNATIONAL** setzt sich auf der Grundlage der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden.

Die Stärke der Organisation liegt im freiwilligen Engagement von weltweit mehr als 2,7 Millionen Mitgliedern und Unterstützern unterschiedlicher Nationalitäten, Kulturen und Altersgruppen. Gemeinsam setzen sie Mut, Kraft und Fantasie für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein.

**Auch Sie können sich engagieren:**  
[www.amnesty.de/mitmachen](http://www.amnesty.de/mitmachen)

Amnesty International finanziert sich aus Spenden und Beiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben.

**Bitte unterstützen Sie uns deshalb mit Ihrer Spende:**  
**Spendenkonto 80 90 100**  
**Bank für Sozialwirtschaft**  
**BLZ 370 205 00**

Insbesondere arbeitet Amnesty

- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Täter/innen
- gegen Folter, Todesstrafe, politischen Mord und das »Verschwindenlassen« von Menschen
- für die Freilassung aller gewaltlosen politischen Gefangenen, die aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Religion oder Überzeugung inhaftiert sind
- für den Schutz und die Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger/innen
- für den Schutz der Rechte von Flüchtlingen
- für den Schutz der Menschenrechte in bewaffneten Konflikten und für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- gegen Rassismus und Diskriminierung
- für den besonderen Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte

# AMNESTY INTERNATIONAL

